



Bundesverbandspräsident Reiner Holznagel, Landtagsvizepräsidentin Annabell Kraemer, Professor Florian Becker und Dr. Aloys Altmann diskutierten über die verfassungswidrigen Notkredite in Schleswig-Holstein

Das Gebot gilt doch

Delegierte diskutierten in Kiel über die Notkredite

Im öffentlichen Teil der Delegiertenversammlung des Landesverbandes Schleswig-Holstein in Kiel stellte Professor Florian Becker noch einmal sein im Verbandsauftrag erstelltes Gutachten „Corona-Pandemie und Schuldenbremse in Schleswig-Holstein“ vor. Anschließend wurde diskutiert auch darüber, wie Politik eine Notlage ausnutzte.

In Anspielung auf das Sprichwort „Not kennt kein Gebot“ machte Becker deutlich, dass die Verfassung gelte. Sie sei gerade geschaffen, um in Notzeiten Grenzen aufzuzeigen. Das gelte nicht nur für Einschränkungen der persönlichen Freiheit, sondern auch für die Finanzverfassung. Insbesondere die Aufnahme von Notkrediten, wenn es sowohl am inhaltlichen wie zeitlichen Zusammenhang zwischen Notlage und Mittelverwendung fehle. Dies sei keine wissenschaftliche Einzelmeinung, sondern die einheitliche Auffassung aller maßgeblichen Verfassungsrechtler.

In der Diskussion erklärte Annabell Kraemer, Vizepräsidentin des Landtages, dass die Notkredite nur in dem Umfang tatsächlich Steuer ausfälle in Anspruch genommen werden sollten. Nicht benötigte Kredite sollen zurückgeführt werden. Professor Jens Boysen-Hogrefe vom Institut für Weltwirtschaft berichtete über Probleme,

die Konjunktur-Komponente für die Schuldenbremse in Krisenzeiten zu prognostizieren. Uta Fölster, scheidende Präsidentin des Oberlandesgerichtes, fragte Becker, ob er Änderungsbedarf an den verfassungsrechtlichen Regelungen sehe, um sie flexibler für berechnete Wünsche der Politik zu gestalten. Dieses verneinte Becker, da es ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten gebe. Reiner Holznagel, Präsident des BdSt, warnte davor, die Schuldenbremse politisch anzutasten. Es sei ein Dammbuch zu befürchten, der für künftige Generationen nicht einzufangen sei.

Dr. Olaf Bastian, Vorstandsmitglied des BdSt SH, wies auf die verfassungsrechtliche Verpflichtung für den Landtag hin, widerrechtlich aufgenommene Schulden zurückzuführen. Auch Dr. Gaby Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofes, sprach von einem „vorsätzlichen“ Verfassungsbruch. Haushaltsrechtlich habe der Landtag die Notlage der Pandemie auf zehn Jahre bis 2030 ausgedehnt, auch für Investitionen, die schon vor der Pandemie beschlossen worden waren.

Dr. Aloys Altmann, Präsident des BdSt Schleswig-Holstein, schloss die Diskussion mit einem Dank an alle Teilnehmer und der Ankündigung, den Landtagsabgeordneten weiter noch einmal ins Gewissen zu reden.

Sie lesen in diesem Nord-Kurier

Redaktionsschluss lag vor der Wahl

Wenn unsere Leserinnen und Leser diese Ausgabe des Nord-Kuriers erhalten, sind die Bundes- und Landtagswahlen gelaufen. Aber der Redaktionsschluss lag vor der Abstimmung. Weswegen wir uns mit den Folgerungen – vor allem in Mecklenburg-Vorpommern – erst in der nächsten Ausgabe auseinander setzen können.

Petra Ackmann führt den Verband



Petra Ackmann ist von der Jahreshauptversammlung zur neuen Vorsitzenden des Steuerzahlerbundes Hamburg gewählt worden. Die Steuerberaterin war bereits steuerpolitische und sozialpolitische Sperecherin der Organisation, der sie seit 1998 angehört. Viel Zeit zum Eingewöhnen hatte sie nicht, sondern begrüßte im September (Bild) die Gäste bei der großen Veranstaltung des Steuerzahlerbundes Hamburg zur Bundestagswahl. Bei der Veranstaltung mit vielen Spitzenkandidaten ging es erwartungsgemäß vor allem ums liebe Geld. Ausführlicher Bericht auf den **Seiten 4/5**

Teure Spaßbäder

Viele Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben Spaßbäder gebaut und betrieben – und das ist häufig teuer geworden. Wir haben einige Beispiele herausgepickt und die Risiken beleuchtet, die verbunden sind mit diesen Einrichtungen. Dabei stehen viele Kommunen vor schwierigen Entscheidungen, ob und wie es weitergehen soll mit Spaßbädern, die zwar ihre Fans haben, aber eben auch hohe Folgekosten. **Bericht Seite 6**

Hände weg von der Schuldenbremse

Delegiertenversammlung in Kiel beschließt Resolution und wählt Funktionsträger

Im Mittelpunkt der diesjährigen Delegiertenversammlung des Landesverbandes Schleswig-Holstein stand die Schuldenbremse. Der Beschluss über die Notkredite im Landeshaushalt war verfassungswidrig, aber das darf nun nicht bedeuten, dass sich die Politik vom Ziel verabschiedet, ausgeglichene Haushalte zu beschließen: Unsere Forderung: Hände weg von der Schuldenbremse!

Dass die Notkredite verfassungswidrig sind, hat Professor Florian Becker in seinem Gutachten für den Bund der Steuerzahler zweifelsfrei festgestellt (siehe Titelseite dieser Ausgabe). Doch daraus darf von der Politik jetzt nicht der falsche Schluss gezogen werden, die Verfassungsregelungen infrage zu stellen oder auch nur abzuändern. Im Gegenteil: Die Schuldenbremse hat sich gerade in der Krise bewährt und muss erhalten bleiben. So die einhellige Meinung des Landesverbandes Schleswig-Holstein.



In seinem Jahresbericht ging Landesverbandspräsident Dr. Aloys Altmann (Bild) auf die schwierige Arbeit während der Pandemie ein. Durch schnelle und zu-

treffende Informationen konnten die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler jederzeit über alle wichtigen Einschränkungen und Hilfsmaßnahmen informiert werden. Diese Leistungen, die als Gemeinschaftsarbeit vom Bundes- und Landesverband erbracht wurden, haben bei den Mitgliedern großen Anklang gefunden.

Das wirkt sich auch in der Mitgliederentwicklung aus: Zwar musste im Saldo ein leichter Rückgang hingenommen werden durch die Lockdowns, die viele Mitglieder in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht haben, wurde aber keine Kündigungswelle ausgelöst!

Jetzt gehe es darum, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen, stellte Altmann fest. Das gelte sowohl für eine funktionierende Notfallvorsorge in unserer Gesellschaft als auch für verstärkte Forschungsaktivitäten in allen Bereichen.

Auch die finanzielle Bewältigung der Krise gehöre auf den Prüfstand: Es müsse genau analysiert werden, welche finanziellen Maßnahmen des Staates sich als wirksam erwiesen haben und wo an anderer Stelle nur viel Geld für „weiße Salbe“ ausgegeben wurde. Denn es werden auch in Zukunft wieder neue Krisen kommen, auf die

der Staat dann besser vorbereitet sein müsse.

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurde Georg Klotzke, Steuerberater aus Owschlag, für eine weitere Wahlzeit als Schatzmeister bestätigt. Eine Wiederwahl gab es auch für Arne Hoops im Verwaltungsrat. Uwe Thiem schied auf eigenen Wunsch aus Altersgründen aus. Für ihn wählten die Delegierten Johanna Behrens, Immobilienkauffrau aus Harmsdorf in Ostholstein in das Aufsichtsgremium. Bei den Rechnungsprüfern rückte Eckhard Liebow, Steuerberater aus Kiel nach. Neuer stellvertretender Rechnungsprüfer wurde Christian Petersen, Steuerberater aus Bredstedt.



In seinem Grußwort an die Delegierten bedankte sich Reiner Holznagel (Bild), Präsident des Bundesverbandes aus Berlin, für die wieder vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit den Gremien und der Geschäftsstelle des Landesverbandes.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Karlsruhe pocht auf Nachhaltigkeit

Der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein erteilt allen Überlegungen, die verfassungsmäßigen Grenzen der Schuldenaufnahme aufzuweichen oder gar auszusetzen, eine klare Absage! Denn die Schuldenbremse hat sich gerade in der Krise bewährt:

Durch ihre disziplinierende Wirkung in der Vergangenheit wurden überhaupt erst die finanzpolitischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass alle staatlichen Ebenen in einer Notlage wirkungsvoll agieren können.

Keine Maßnahme zur Krisenbewältigung und schon gar keine für die künftige Entwicklung notwendige Investition ist an der Schuldenbremse gescheitert!

Die in der Verfassung beschriebene Notlage wurde von den Parlamenten zu Recht festgestellt und hat es ermöglicht, alle erforderlichen Finanzmittel für die Krisenbewältigung zur Verfügung zu stellen. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat der ökologischen Nachhaltigkeit zum Verfassungsrang verholfen. Keine Generation darf ihren Nachfolgern ökologische Schäden hinterlassen, die sie in ihren Freiheitsrechten beeinträchtigen. Das gleiche gilt für die finanzielle Nachhaltigkeit. Nachfolgenden Generationen müssen ihre fiskalischen Spielräume erhalten bleiben, damit sie auf Entwicklungen und Katastrophen in ihrer Zeit angemessen reagieren können. Deshalb muss die Schuldenbremse

in Grundgesetz und Landesverfassung unantastbar sein!

Die weiter andauernde Corona-Pandemie und die aktuelle Flutkatastrophe am Rhein haben gezeigt, wie wichtig es war, in Grundgesetz und Landesverfassung eine Notlagenregelung einzuführen. Doch dieser Ausnahmezustand darf von der Politik nicht missbraucht werden! Notkredite dürfen nur für Ausgaben aufgenommen werden, die in einem unmittelbaren tatsächlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Krisenbewältigung stehen. Eine Schuldenaufnahme „auf Vorrat“ dagegen verstößt gegen die Verfassung! Solche Kredite sind weder zulässig noch erforderlich. Sie müssen unverzüglich zurückgeführt werden!

In Kiel wird die Wirtschaft ausgebremst

Verkehrsentwicklung und Bauplanung der Kommune führen zu viel Frust

Nicht nur die Autofahrer sind in Kiel gefrustet: Die Verkehrsplanung führt zu immer größeren Staus, Parkmöglichkeiten fallen weg und die Erreichbarkeit für Kunden und Mitarbeiter geht verloren. Auch der Wohnungsbau geht nicht voran. Investoren sind genervt von Genehmigungszeiten und Auflagen.

Wer längere Zeit nicht mehr in Kiels Innenstadt war, findet sich kaum noch zurecht. Immer mehr Straßenabschnitte werden für den allgemeinen Pkw-Verkehr gesperrt und bleiben nur noch Bussen, Taxen und Fahrradfahrern vorbehalten. Auch die Haupteinfallsstraßen sollen einen Fahrstreifen verlieren, um ihn an den Fahrradverkehr abzugeben. Das Ergebnis: In den verbleibenden Straßen staut sich der Verkehr immer länger. In der Innenstadt sind Cafés und Restaurants mit Außengastronomie gut gefüllt. Doch in den Geschäften herrscht gährende Leere. Während überall anders wieder emsig eingekauft wird, haben die Geschäfte in Kiels Innenstadt ihre Öffnungszeiten reduziert, Kassen und Personal abgebaut.

Nicht nur der Einzelhandel stöhnt über die Bevorzugung des Fahrrades. Im Grasweg, immerhin einem Gewerbegebiet, das Baumaschinenvermieter und ein Transportbetonwerk beherbergt, wurde die Straßenbreite durch „Sicherheitselemente“ (im Volksmund Verkehrsinseln genannt) reduziert, sodass ein Begegnungsverkehr von Fahrzeugen nicht mehr möglich war. Grund sind zwei „Anschlussstellen“ der Veloroute 10, einer sehr gut angenommenen Fahrradautobahn auf einem ehemaligen Gütergleis. Fahrradfahrer, die von dort ins Gewerbegebiet fahren, sollen sich problemlos in den Verkehr einfädeln können. Erst nachdem Anlieger kostenlos Grundstücksflächen zur Verfügung gestellt haben, war man im Tiefbauamt bereit, die Straße wieder so umzugestalten, dass sich Fahrzeuge zumindest begegnen können.

Keine Hilfe ist dieser Kompromiss für die übrigen Anlieger. Denn aus einem bishe-

rigen Seitenstreifen, auf dem Lieferanten und Kunden der Gewerbetreibenden halten konnten, wurde ein gepflasterter Fußweg, auf dem Poller das Halten von Autos verhindern. Lieferanten müssen mit ihren oft großen Lastwagen auf der Straße stehen, öffentliche Parkplätze für Kunden und Mitarbeiter gibt es in der ganzen Straße jetzt nicht mehr. Für das Tiefbauamt ist dies kein Problem, denn es sei keine Aufgabe der Daseinsvorsorge, auf öffentlichen Flächen Parkraum zur Verfügung zu stellen, teilte man uns auf Anfrage mit. Dies sei Aufgabe der jeweiligen Grundstücksei-

Grundstücksei-



gentümer. Dagegen wäre die Herstellung eines barrierearmen Fußweges sehr wohl Aufgabe der Stadt.

Das Tiefbauamt der Landeshauptstadt, das ebenfalls Anlieger des Graswegs ist, hat für seine eigenen Mitarbeiter Vorsorge getroffen. Ihnen stehen auf der städtischen Grundstücksfläche eigene mit Namen gekennzeichnete Parkplätze zur Verfügung. Für die übrigen überwiegend kleinen und mittelständischen Anlieger, darunter Einzelhändler, Handwerker und Werkstätten, stellt sich dagegen die Frage, wie lange sie an diesem Standort noch bleiben können, wo ihnen die Erreichbarkeit für Kunden und Lieferanten verwehrt wird.

Ärger gibt es in Kiel auch mit dem dringend benötigten Wohnraum. Seit sage und schreibe 15 Jahren wird versucht, im Stadtteil Meimersdorf 1.600 Wohneinheiten für rund 4.000 Menschen zu entwickeln. Jetzt ist der Kronshagener Projektentwickler DSK-BIG, dem mit rund 16 Hektar Bauland ungefähr die Hälfte der Fläche gehörte, aus dem Vorhaben ausgestiegen und hat seine Grundstücksanteile verkauft. Der geschäftsführende BIG-Gesellschafter Marc Weinstock ließ sich in der Presse zitieren mit den Worten: „Was wir in vergleichbaren Städten in drei Jahren erreicht haben, dauert hier acht Jahre. Wir haben keine Lust mehr.“

Seit 2017 liegt das Ergebnis eines städtebaulichen Wettbewerbs vor. Doch bis heute ist noch nicht einmal der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan durch die Stadtvertretung gefasst worden. Jetzt hat ein niederländischer Projektentwickler das größte Wohnungsbauprojekt der Landeshauptstadt übernommen und hofft auf einen Baubeginn der ersten Erschließungsmaßnahmen noch in 2025!

In ihren Sonntagsreden sind sich Politiker und Verwaltung einig, dass Kiel dringend zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum braucht. Doch wenn es darum geht, die notwendigen Beschlüsse zu fassen, kommen die Verantwortlichen nicht in Schwung. Immer wieder gibt es neue Bedenken, Planungswünsche oder Vorgaben, die es den Investoren schwermachen. Mit diesem Tempo werden sich die Probleme nicht lösen lassen.

Wir meinen: Politik ist Interessenausgleich und erfordert Abwägung der unterschiedlichen Vorstellungen. Wenn man einseitig den Autoverkehr aussperrt, Investoren vor den Kopf stößt und Planungen blockiert, darf man sich nicht wundern, wenn sich Unternehmen und Privathaushalte andere Standorte suchen.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de



Das Thema Schuldenbremse

Forum des Steuerzahlerbundes Hamburg vor Bundestagswahl

Das war ein großer Erfolg: Mit Aydan Özoğuz (SPD), Christoph Ploß (CDU), Deniz Çelik (Die Linke), Michael Kruse (FDP), Katharina Beck (Die Grünen) und Dr. Bernd Baumann (AfD) diskutierten vor allem Hamburger Spitzenkandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam mit

Welche Partei will nach der Wahl die Steuern erhöhen? Welche will Steuern senken? Wenn es so einfach wäre, müsste man nicht mehr diskutieren. Aber so schwarz-weiß ist es nicht, weder bei den Parteien noch bei den Steuerzahlern. Dass Abgaben der Bürger nötig sind, um das Gemeinwesen zu finanzieren, ist allgemeiner Konsens. Wieviel und wofür, darüber lässt sich allerdings trefflich streiten. Das ist nichts Negatives, denn aus dem Austausch von Argumenten können alle Beteiligten und auch die Zuschauer Erkenntnisse ziehen. So geschehen beim – ausgebuchten – SteuerzahlerFORUM zur Bundestagswahl, bei dem Hamburger Kandidaten der sechs im Bundestag vertretenen Parteien sich den kritischen Fragen stellten.

Zum Forum in der Hamburger Speicherstadt eingeladen waren die jeweiligen Spitzenkandidaten. Bis auf Žaklin Nastić, die kurzfristig verhindert war, waren alle Eingeladenen gekommen. Nastić wurde durch Deniz Çelik, Linken-Kandidat für den Wahlkreis Hamburg-Nord, vertreten. Die Moderation übernahm der Fernsehjournalist Hans-Jürgen Börner. Als kritischer Faktenwächter und meinungsstarker Co-Moderator stand ihm der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznapel, zur Seite.

Heiß diskutiert wurde beim Thema Vermögenssteuer, weitgehend einig war man sich bei der Besteuerung internationaler Konzerne, Dissens wiederum gab es beim Thema Schuldenbremse. Die Progressionskurve, Subventionskritik und der Solidaritätszuschlag waren ebenfalls gewichtige Themen, die innerhalb von zwei Stunden zur Sprache kamen. „Die Steuer- und Abgabenpolitik ist eins der wichtigsten Instrumente der Politik, aber im Wahlkampf völlig unterrepräsentiert“, leitete Holznapel ein. „Dabei gibt es ohne Steuern keine Klimamaßnahmen und keine Verbesserung der inneren Sicherheit. Die Politiker müssen also auch erklären, wo das Geld herkommen soll!“

Zunächst einmal ging es allerdings darum, wo das Geld nicht hingehen soll. Börners Aufwärmfrage war, wo die Kandidaten Ausgaben streichen würden. Die Antworten waren vorhersehbar: Beck würde klimaschädliche Subventi-

onen, wie die Steuerbefreiung von Kerosin und das Steuerprivileg von Dieselmotoren streichen und so 57 Milliarden Euro Plus machen. Baumann würde bei Flüchtlingen, Coronahilfen und Energiewende nach seiner Rechnung Billionen sparen, denn CO₂ beispielsweise ließe sich in China um ein Vielfaches kostengünstiger vermeiden. Das wollte Beck nicht stehen lassen: „Gegen die Ausgaben für Klimaschutz muss man immer die Kosten rechnen, die durch Klimaschäden entstehen, wie beispielsweise bei den Überschwemmungen an Rhein und Ahr.“ Für Kruse gehört die subventionierte Kohleförderung auf den Prüfstand, aber auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz müsste nach über zwei Jahrzehnten gründlich überarbeitet werden, um nur die Förderungen beizubehalten, die noch sinnvoll sind. Ploß stieß in das gleiche Horn: „Subventionen sind richtig, wenn man damit Entwicklungen anschieben kann“, sagte er. „Sobald sich diese Entwicklung aber selbst trägt, sollte auch kein staatliches Geld mehr fließen.“ Özoğuz verteidigte die Politik der vollen Hände, die in den letzten Monaten vorgeherrscht habe: „Der Staat hat gerade viel Geld ausgegeben und uns alle damit gut durch die Corona-Krise gebracht. Auch Klimamaßnahmen müssen bezahlt und Flutopfern muss geholfen werden. Wir müssen also Geld ausgeben. Aber wir müssen es auch wieder hereinholen.“

Damit war auch schon zur Einnahmenseite übergeleitet. Keine Partei will „die Steuern“ – damit ist umgangssprachlich ja meist nur die Einkommensteuer gemeint – generell erhöhen. Unterschiede gibt es allerdings: Während SPD, Grüne und Linke in jeweils unterschiedlicher Ausprägung ankündigten, Geringverdiener und mittlere Einkommen steuerlich zu entlasten, dafür aber bei höheren Einkommen stärker abschöpfen möchten – die Grenze zwischen potenziell Entlasteten und Belasteten liegt für die Linken bei 70.000 Euro Jahreseinkommen eines Singles, für die Grünen bei 100.000, für die SPD bei 250.000 – lehnen CDU, FDP und AfD jegliche Erhöhung der Einkommensteuer ab. Die finanziellen Herausforderungen der Zukunft könne man mit den steigenden aus dem postpandemischen Wirtschaftswachstum finanzieren, sagte Kruse. Ein Argument übrigens, das der

se scheidet die Geister

war auch wegen der Gäste ein großer Erfolg

BdSt-Präsident Reiner Holznagel unmittelbar vor der Wahl vor Mitgliedern des Hamburger Verbandes wichtige Steuer-Themen. Ob die Aussagen auch nach dem 26. September und möglichen Koalitionsverhandlungen noch Bestand haben?

Sozialdemokrat Olaf Scholz als Finanzminister gern anführte, als Kanzlerkandidat jedoch nicht mehr vertritt. Ploß begründet seine Ablehnung: „Mit höheren Steuern auf höhere Einkommen gewinnt man die Wissens- und Leistungseliten nicht für den Standort Deutschland, sondern man vertreibt sie. Dann kann auch keine Forschung für Klimatechnologie betrieben werden.“

„Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer größer“, hielt Çelik ihm entgegen, „und wenn die Reichen immer reicher werden, müssen sie auch mehr für die Gemeinschaft leisten.“ Özoğuz hielt Ploß vor, dass die Wahlversprechen der CDU ohne Einnahmenerhöhung bis zu 30 Milliarden Euro ungedeckte Kosten verursachen würden. In Richtung der AfD, die ein generell vereinfachtes Steuersystem fordert, sagte sie: „Diese vereinfachten Modelle führen seltsamerweise immer zu einer Geringbesteuerung der höheren Einkommen. Das ist nicht gerecht!“ Argumentativ war man da schon bei der Vermögenssteuer, auch wenn diese Frage zeitlich versetzt diskutiert wurde. SPD, Grüne und Linke wollen eine Abgabe auf Privatvermögen einführen, CDU, FDP und AfD lehnen das ab. „Sozialistischer Wahnsinn!“, wettete Baumann. „Die aufgeregte Argumentation um die Vermögensabgabe scheint mir keine Neiddebatte, sondern eine Gierdebatte zu sein“, konterte Beck. Mit tatsächlichen Argumenten ging es hauptsächlich darum, wieviel administrativen Aufwand das Erheben einer Vermögenssteuer kosten würde, und ob dadurch auch Betriebsvermögen betroffen wären. „Die Vermögen der mittelständischen Unternehmer sind in ihren Betrieben gebunden“, führte Kruse ins Feld, „wer da herangeht, schadet der Wirtschaft!“

Die Betriebsvermögen seien bei ihren Plänen generell ausgenommen, sagten die Kandidaten der Vermögenssteuerbefürworter-Parteien. Ploß wolle das nicht gelten lassen: Im Wahlprogramm der Grünen sei der Zugriff auf die Betriebsvermögen explizit erwähnt, sagte er, sein Handy zum Beweis schwenkend. Ein Formulierungsfehler, versuchte Beck dies zu entkräften. Beck rechnet damit, dass der Aufwand, eine Vermögensabgabe zu erheben, bei sechs Milliarden Euro, die Einnahmen bei 10

Milliarden Euro jährlich liegen würden. Hier griff Reiner Holznagel ein: „Als die Vermögenssteuer abgeschafft wurde, hat man den Verlust für die Bundesländer dadurch ausgeglichen, dass sie mehr Spielraum bei der Erhebung der Grunderwerbssteuer erhielten. Die Mehreinnahmen betragen 16 Milliarden Euro. Würde man das zurückdrehen und durch eine Vermögensabgabe ersetzen, ergäbe das einen Verlust!“ Holznagel weiter: „Man sieht es auch im Ausland: Frankreich hat mit der Einführung der Vermögensteuer Einnahmen verloren. An die Ungleichverteilung des Wohlstands in Deutschland muss tatsächlich herangegangen werden, aber es gibt tauglichere Mittel, wie etwa die Erbschaftsteuer.“

Es gab auch Themen, bei denen Einigkeit herrschte: Die lokale Besteuerung international tätiger Unternehmen dort, wo sie Gewinne erwirtschaften und nicht dort, wo sie steuerbegünstigt verbuchen, sei richtig, sagten alle sechs Kandidaten. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer lehnten alle ab: „Mit Verbrauchssteuern trifft man die Armen, die ihr gesamtes Einkommen ausgeben müssen, immer härter, als diejenigen, die Geld übrigbehalten“, begründete Çelik, „allerdings kann man das System auch vereinfachen.“

Noch einmal kontrovers wurde es, als es um die Schuldenbremse ging: Grüne und Linke sehen sie kritisch: „Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und Flexibilitätsfessel“, sagte Çelik und Beck fügte hinzu: „Wir müssen auch sehen, welche Werte wir mit den Ausgaben schaffen und diese dann mit den Schulden verrechnen.“ Özoğuz warb für die Schuldenbremse. „Es ist richtig, dass wir die Schuldenbremse in der Pandemie ignoriert haben, aber ohne die Schuldenbremse hätten wir diese Flexibilität gar nicht gehabt. Deshalb müssen wir dahin zurückkehren“, sagte sie. Kruse pflichtete ihr bei und Ploß betonte, dass sich seiner Meinung nach die Schuldenbremse und Investitionen nicht ausschließen. „Die Schuldenbremse ist keine starre Fessel“ verdeutlichte Holznagel die Position des BdSt, „sondern sie ist die Verpflichtung für die Politik, Prioritäten zu setzen, und darauf bestehen wir!“

Text: Lars Hansen / Fotos: Nils Heitmann



Michael Kruse
(FDP)



Katharina Beck (Die Grünen)



Dr. Bernd Baumann (AfD)

Wieviel Spaß machen die Spaßbäder?

Schwimmballen und vor allem Spaßbäder sind für viele Kommunen Finanzrisiko

Schwimmballen stellen Kommunen immer wieder vor große Herausforderungen. Einerseits sind sie unverzichtbar, schließlich sollte jedes Kind frühzeitig Schwimmen lernen, Retter müssen ausgebildet werden und auch Reha- und Vereinssport brauchen gute Bedingungen, aber zu kurz kommt häufig die Frage nach langfristigen finanziellen Folgen.



Genauer: Schwimmbäder verursachen regelmäßig hohe Folgekosten und sind meist nicht kostendeckend zu betreiben. In den 90er Jahren schossen vielfach Spaßbäder und Thermen aus dem ostdeutschen Boden – auch um mit Zusatzangeboten, wie etwa einer Gastronomie, mehr Einnahmen zu generieren.

Dabei gab es im Wesentlichen zwei Finanzierungsmodelle: Den Eigenbetrieb mit einem städtischen Tochterunternehmen und die Zusammenarbeit mit einem privaten Investor, der auf kommunalem Grund baute. Nun kommen die Freizeitbäder in die Jahre und auf die Kommunen und das Land als Fördermittelgeber rollen immense Kosten zu. Drei Beispiele hat der Nord-Kurier näher beleuchtet:

Güstrow: Das städtische Freizeitbad „Oase Güstrow“ wird zurzeit aufwendig saniert. Mit der Fertigstellung Ende 2021 soll hier das „modernste Freizeitbad in Mecklenburg-Vorpommern“ stehen. Neben der baulichen gibt es auch eine energetische Sanierung, aber auch: zwei neue Rutschen, einen Whirlpool und einen extra ausgebauten Gastronomiebereich.

Durch den Anstieg der Preise im Baugewerbe erhöhen sich die Baukosten von 8 auf 10 Millionen Euro. Die Stadt muss ihren Eigenanteil von bisher fünf auf nun sechs Mio. Euro hochschrauben. Das bedeutet eine enorme Belastung! Für die Gastrono-

mie gab es, für den Bund der Steuerzahler wenig überraschend, keine Fördermittel. Hier springen die Stadtwerke ein.

Wismar: Mitten in der Pandemie wird klar, dass die bisherigen Betreiber des „Wonnemar“ das bisher erfolgreich geführte Freizeitbad nicht halten können. Das „Wonnemar“ gerät in die Schlagzeilen. Auch deshalb, weil die Stadt im Übergang an einen neuen Investor angefallene Kosten in Rechnung stellt und bei Nichtleistung droht, als Erbbaugeber das Heimfallrecht geltend zu machen. Die Hansestadt würde



Augen auf bei der Schwimmbadplanung
Foto © pixabay

in diesem Fall den Betrieb des Spaßbades selbst übernehmen.

Unterdessen soll sich eine andere Lösung anbahnen. In den 90ern wurde das Bad durch einen Investor mit einem Erbbaupachtvertrag auf städtischem Grund errichtet. Grundlage für die Entscheidung waren damals Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, die das heutige Modell als das erfolgversprechendste herausarbeiteten. Jährlich zahlt die Stadt 1,34 Mio. Euro für das Schul- und Vereinsschwimmen, konnte bisher auf diese Weise gut kalkulieren.

Röbel/Müritz: Auch hier das gleiche Bild. Die MüritzTherme ist in die Jahre gekommen. Das Freizeitbad ist im städtischen Eigentum und hat noch bis Ende des Jahres einen privaten Pächter. Nach einem seit

drei Jahren währenden Abwägungsprozess mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Voten der zuständigen Kammern hat man sich in Röbel nun zu einem kommunalen Eigenbetrieb entschlossen, zu dem die MüritzTherme, der Campingplatz und der Hafen gehören werden.

Als Eigentümerin hat die Stadt auch schon in der Vergangenheit notwendige Sanierungskosten selbst übernehmen müssen. Aufgrund der Bindungsfristen der dafür eingesetzten Fördermittel wäre eine Komplettveräußerung an einen privaten

Investor nicht möglich. Im Grunde ist der städtische Betrieb damit alternativlos. Der gewinnbringende Betrieb des Campingplatzes soll zumindest teilweise die Verluste durch den Badbetrieb ausgleichen. Diese betragen bisher 400.000 Euro jährlich.

Unser Fazit: Auch heute noch gibt es bei Neubauten für notwendige Schwimmballen oft hochtrabende Pläne. Die Städte Waren und Neubrandenburg prüfen aktuell einen Neubau. Zumindest in Neubrandenburg mischt bereits ein privater Unternehmer kräftig

mit. Doch die Kommunen seien gewarnt! Die Risiken, die sich aus solchen Vorhaben ergeben, sind vorhanden und wirken oft auch Jahre später nach.

Mit Steuergeldern muss sorgfältig umgegangen werden. Kosten, die die Kommunen über den reinen Schwimmbetrieb hinaus abdecken müssen, fehlen am Ende für die Umsetzung anderer freiwilliger Aufgaben. Das müssen die Entscheider nicht nur im Blick haben sondern berücksichtigen. Neue Schwimmballen und vor allem Spaßbäder sind beliebt und versprechen Applaus. Aber jedem Kommunalpolitiker muss bewusst sein, dass er an derer Stelle Abstriche an eigentlich wünschenswerten Projekten riskiert.

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Glossiert: Ein Fall fürs Schwarzbuch

„MV stoppt Roadshow – Digimobil wird zum Fall fürs Schwarzbuch“, so titelte die Schweriner Volkszeitung am 27. August. Und wir beim Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern staunten nicht schlecht: Hatten wir etwa Ghostwriter für das Schwarzbuch, die so geheim sind, dass wir davon nichts wussten? Zum Glück aber lesen wir auch über die Schlagzeile hinaus und stellten fest, dass das kritisierte Digimobil des Landes – ein Wohnmobil, das über den Breitbandausbau informieren (sollte) – aus Sicht des FDP-Mannes René Domke ein Schwarzbuchfall ist.

Ähnliches passierte zuvor schon bei der Ostsee-Zeitung, als es um die neue Fahrrad-Parkstation am Bahnhof ging. Auch hier wurde der Bund der Steuerzahler MV letztlich nicht einmal um eine Einschätzung gebeten. Was sagt uns das? Es ist ein gutes Zeichen, dass diese wichtigste Publikation des Bundes der Steuerzahler so prominent in den Köpfen der Menschen verankert ist!

Wer Verschwendung mitbekommt, der hat häufig auch das Schwarzbuch im Kopf und stellt einen Zusammenhang her. Darüber freuen wir uns. Gerne prüfen wir jeden an uns herangetragenen Hinweis intensiv. Die Anmerkung zum Digimobil haben wir (wenn auch „über die Bande“ gespielt), aufgenommen und geprüft. Wir kommen zu dem Schluss, dass es sich nicht um einen Verschwendungsfall handelt. Nicht nur Mecklenburg-Vorpommern hinkt beim Breitbandaufbau hinterher. Doch dass das Land die Gelegenheit nutzt und die Menschen in der Fläche vor Ort anbieterunabhängig darüber informieren will, ist aus unserer Sicht keine Verschwendung. Denn der Ausbau hängt auch entscheidend von der Mitwirkung der Menschen ab.

Die Pandemie hat der Terminplanung dabei einen Strich durch die Rechnung gemacht. Dafür kann sicher niemand etwas. Apropos Pandemie: Der Verlauf der Seuche und der Umgang damit durch viele Ämter hat gezeigt, wie sehr Deutschland bei der Digitalisierung hinterher hinkt und wie wichtig der rasche Ausbau ist.

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

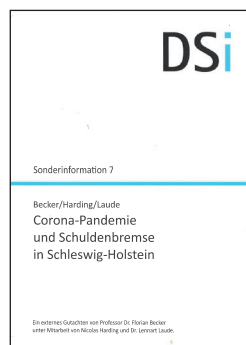


Der „Große Stein“ rollt weiter Schwarzbuchfall bleibt für Medien ein wichtiges Thema

Mal wieder, muss man fast sagen. Der „Große Stein“ aus Altentreptow ist der Top-Schwarzbuchfall des Jahres in Mecklenburg-Vorpommern und schafft es nun erneut ins Fernsehen. Für ein neues Comedy-Verbrauchermagazin bei RTL mit Ilka Bessin („Cindy aus Marzahn“) hat die Produktionsfirma Filmpool den Bund der Steuerzahler erneut zum Dreh in die Kleinstadt

Altentreptow gebeten. Der Arbeitstitel der neuen Sendung lautet „Echt jetzt?“. Ein Sendestart war bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Unser Rat an die „Fans“ des dicken und schweren Steines: TV-Programm sichten und rechtzeitig einschalten. Einmal mehr sprechen wir dort darüber, wie leichtfertig die Stadt Altentreptow hier Steuergeld ausgegeben hat.

Details über den Verfassungsbruch



Das Gutachten von Professor Florian Becker zur „Corona-Pandemie und Schuldenbremse in Schleswig-Holstein“ liegt jetzt auch in gedruckter Form als DSi-Sonderinformation Nummer 7 vor. Auf rund 50 Seiten führt der Lehrstuhlinhaber für öffentliches Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel seine Argumente aus, warum der Umfang der Notkredite, die vom Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen wurden, gegen die Landesverfassung verstößt. Offiziell zumindest hat die Landesregierung nicht reagiert auf das vernichtende Urteil des Juristen über ihren „Umgang“ mit der Corona-Pandemie. Dabei ist offensichtlich, dass die Drei-Parteien-Koalition im Landtag von Schleswig-Holstein die Notkredite nicht nur genutzt hat, um die unmittelbaren Folgen der Pandemie zu bekämpfen. Vielmehr hat die Landesregierung den „Rollgriff“ angewendet und weit mehr Geld (Steuergeld)

gebunkert, als tatsächlich gebraucht wurde. Viel Geld wurde ausgegeben, um des lieben Friedens willen im Kabinett und bei den drei Fraktionen im Landtag. Das Gutachten enthält zahlreiche Quellenangabe und Zitate. Die Schrift wird im Rahmen unserer gemeinnützigen Aufgaben an öffentlich zugängliche Bibliotheken verteilt. Ebenso können es Mitglieder und Interessenten kostenlos bei uns beziehen. Anforderungen bitte an den **Bund der Steuerzahler** Lornsenstraße 48, 24105 Kiel Tel. 0431/990165-0 Fax 0431/990165-11 Schleswig-holstein@steuerzahler.de

PS.: Wer auch immer will, darf gerne Gebrauch machen von unserem Gutachten. Es bietet sich die Gelegenheit, Politikern die Leviten zu lesen – ganz sachlich, versteht sich und gerne auch öffentlich. Schließlich hat ein ausgewiesener Fachmann sich in unserem Auftrag der Frage nach der Berechtigung der Notkredite angenommen und Antworten formuliert, die den Abgeordneten und dem Kabinettsmitgliedern nicht in den Kram passen.

Blick durch den Norden



Es ist geschafft: Die Zeit der Wahlplakate ist vorbei. Über viele Wochen haben sie uns gestört und genervt. Was für Gründe hatten die zumeist Unbekannten, uns anzulächeln, als hätten wir ihnen Geld oder gar Leben versprochen?

Richtig ist: Der Wahltag ist gelaufen, die fleißigen Helfer sind nun gefordert, auch noch die letzten Pappschilder von Laternen und Straßenschildern wieder zu entfernen und in einem Kellerraum verschwinden zu lassen.

Offen bleibt, ob die bunten Porträts mit den nichtssagen- den Slogans auch nur einen Bürger beeinflusst haben, wählen zu gehen und dabei seine Kreuzchen zu machen. Offen bleibt auch, welche Risiken die fleißigen Helfer eingegangen sind, um die Plakate zumindest teilweise in schwindelerregender Höhe anzubringen.

Offen war bei Druck dieser Ausgabe des Nord-Kuriers noch das Wahlergebnis. Das ist einerseits schade, weil wir an dieser Stelle gerne unseren Senf dazugeben hätten. Andererseits ist der unverrückbare Termin des Redaktionsschlusses aber auch hilfreich, denn es bleibt Zeit, um zu gucken, was die Parteien aus der Wählerentscheidung machen.

Klar ist: Selten war eine Wahlentscheidung so spannend, denn erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat der/die Amtsinhaber(in) nicht erneut kandidiert. Angela Merkel, die doch so selten überraschte, hat dem Land einen Wahlkampf beschert, der diesen Namen tatsächlich verdient.

Und das Land schaute am Wahlabend nicht nur nach Berlin, sondern auch in den Nordosten. Mecklenburg-Vorpommern hat vergleichsweise wenig Einwohner, aber die Meinungsforschungsinstitute standen vor der schwierigen Frage, ob nun der Bundestrend aufs Bundesland abfährt oder die Entscheidung über das Landesparlament in Schwerin auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl.

Ganz unabhängig von der konkreten Entscheidung ist bei den Umfragen vor allem eines deutlich geworden: In Sicherheit konnte sich keine Partei wiegen und dementsprechend auch die Menschen nicht, die in Zukunft gerne Politik machen möchten. Wer in den Bundestag einzieht oder auch in den Landtag, blieb bis zum Wahlabend offen. Klar ist aber: Ganz unabhängig vom Wahlausgang werden die Demoskopen uns in den kommenden Wochen erklären, warum wir wie abgestimmt haben. Dies werden sie mit großer Inbrunst tun und umso ausführlicher, je mehr sie bei den eigentlichen Ergebnissen danebengelegt haben. Werten, dass....?

Zuverlässig ist dagegen Hamburg. Nachdem das benachbarte Niedersachsen in einem quälend langen Prozess die Weichen gestellt hat für den aus Sicht des Hamburger Hafens überfälligen Ausbau der Schienenverbindungen, hat sich Hamburg jetzt eingemischt mit der Forderung, eine neue Schienenverbindung entlang der Autobahn zu bauen, um auf der Strecke zwischen den beiden Landeshauptstädten schnellere Züge zu ermöglichen.

Die Forderung mag in der Sache gerechtfertigt sein, aber es ist nicht eben hilfreich, einmal mehr die Landesregierung in Hannover über die Medien zum Handeln aufzufordern. Kaum zu glauben: In beiden Bundesländern regiert die SPD, stellt die Regierungschefs und schafft es dennoch selten bis nie, einen vertrauensvollen Dialog zu führen.

Der Hamburger Vorstoß ist ebenso richtig wie falsch vorgetragen. In vielen Jahrzehnten – fast ununterbrochener – Regierungsverantwortung schafft es die Metropole immer wieder zuverlässig, Nachbarn vor den Kopf zu stoßen. Bleibt abzuwarten, wie der Senat mit dem jüngsten Vorstoß des Milliardärs und Hafenkenners Kühne umgeht. Der hat nämlich Hamburg empfohlen, zur Zukunftssicherung der Hafenwirtschaft die Reihen in Norddeutschland zu schließen und gemeinsam zu agieren. Genau eine solche Zusammenarbeit (zuvörderst von Hamburg und Bremen) hat vor rund 20 Jahren schon einmal der damalige niedersächsische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Sigmar Gabriel empfohlen.

Nein, hier und jetzt gibt es keine Ratschläge an Hamburg, sondern nur einen bescheidenen Tipp: Höflichkeit und Sensibilität sind eine gute Sache im Umgang mit Nachbarn.

Zuweilen allerdings ist auch Sturheit erfolgreich. Mecklenburg-Vorpommern hat die – reichliche – Kritik am Bau der Erdgaspipeline Nordstream 2 viele Jahre ertragen und nun ist die Leitung fertig. Ob alle Blüenträume der Landesregierung in Schwerin reifen, bleibt abzuwarten. Aber richtig ist auch: Was lange dauerte, ist nun doch fertig geworden, trotz der massiven Einflussnahme der Vereinigten Staaten von Amerika.

Kostenlos!

In der vergangenen Ausgabe berichteten wir über die aktuelle Fassung unseres Kommunalkompasses mit Tipps zum Sparen in der Kommune. Die Kommunalexperten aus den Landesverbänden des BdSt haben Hinweise und Hilfestellungen für ehrenamtliche Kommunalpolitiker, hauptamtliche Verwaltungen und Journalisten, die sich mit Kommunalpolitik beschäftigen, zusammengetragen. Wir haben alle kommunalen Körperschaften und die Landesverbände der Parteien auf die Möglichkeit hingewiesen, diese Schrift im Rahmen unserer gemeinnützigen Aufgaben kostenlos zu beziehen. Weisen auch Sie in ihrem Bekanntenkreis auf die Möglichkeit hin, diese Schrift kostenlos beim BdSt zu beziehen. Gerne stellen wir auch Ihnen Exemplare zur Verfügung, die Sie persönlich verteilen können. Bitte wenden Sie sich dazu an Ihre Landesgeschäftsstelle.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, www.nord-kurier.de, E-Mail: info@nord-kurier.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff; Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

Erscheinungsweise: 9 x jährlich
Auflage: 21.000, 50. Jahrg., 10/2021

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel